

KOMMENTIERT

Nichts mit Gratis-Essen

Mit Abstand stellt sich oft auch Nüchternheit, mit Nüchternheit mehr Realismus, mit letzterem meist mehr Klarheit ein. Internationale Kommissare, schon räumlich aus größerem Abstand zum "Nationaltag" Währungsunion...

Essen ist". BDI-Präsident Necker spricht - völlig zu Recht - davon, daß mit den Umstellungskursen "die einzelwirtschaftlichen Probleme in der DDR noch keineswegs gelöst" seien...

REINER OSCHMANN

Annäherung zweier Welten

"Technische Gründe" führte Chinas Premier Li Peng für das Fehlen eines gemeinsamen Kommuniqués über seinen Besuch in Moskau an. Doch wer weiß, daß man bei solchen Treffen die Entwürfe für ein Schlußdokument gewöhnlich mitbringt...

ren, hat man drei unwiederbringliche verlorene Jahrzehnte lang erlebt. Mit 7500 Kilometern macht die Grenze zwischen der UdSSR und China fast ein Fünftel des Erdumfangs aus...

FRANK WEHNER

Nötigung

Kompetenz, nicht Parteizugehörigkeit sind für ihn das Ausschlaggebende, hatte der neue Innenminister Diestel (DSU) wissen lassen. Er schloß auch die Möglichkeit nicht aus, daß Mitglieder der PDS, so sie über ebendiese Sachkompetenz verfügen...

aufgabe. Weil ja dann die bürgerlichen Gesetze gelten würden, die vom Beamten Parteienunabhängigkeit verlangen. Nicht nur Heidemarie Ehler ist darüber empört. Ihre Kandidatur steht in Einklang mit dem Wahlgesetz...

UTE BROCKHAUS

Bluff statt Bürgerrechte

Bezeichnend ist es schon, daß ein europäischer Staat mit einem solch multikulturellen Ansatz wie die BRD 28 Jahre gebraucht hat, um sich ein neues Ausländergesetz zu geben. Aber nicht der Zeitverzug ist es ja letztlich, der die gestrige 2. Lesung im Bundestag kritisch begleitet hat...

geborene und nicht erst für Kinder ab 16 Jahren; für nachreisende Kinder ist eine Aufenthaltserlaubnis generell erforderlich, und das Aufenthaltserlaubnisrecht von Ehepartnern soll künftig erst nach einer "Durchhalterfrist" von vier Jahren genehmigt werden...

HEINZ JAKUBOWSKI

Genau an den konkreten Fragen vorbei

Von GÜNTER FLEISCHMANN

Man kann nicht sagen, daß die 5. Volkskammertagung keine wichtigen Fragen behandelt hätte. Die Beibehaltung der Wehrpflicht z. B. interessiert viele, natürlich vor allem junge Leute. Die Mitgliedschaft der künftigen Republik Deutschland in der NATO unter der Voraussetzung, daß dieses Militärbündnis sich von einigen seiner Grundsätze trennt, so von der "Vorwärtsverteidigung", bewegt ebenfalls zahlreiche Bürger dieses Landes.

Und dennoch: Die mehrstündige Debatte mit Ministererklärungen und Zwischenfragen hatte eine merkwürdige - oder sagen wir bemerkenswerte - Unschärfe. In den Städten und Dörfern, in Wohnungen und Gaststätten, in Betrieben und Büros wird in diesen Tagen schärfer, konkreter diskutiert als im Parlament. Es geht um den auszuhandelnden "Vertrag über die Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik", wie der in Bonn ausgearbeitete Entwurf heißt...

Natürlich wurde in der Berliner Parlamentsdebatte die Währungsunion erwähnt. Aber so, als ob der Redner ein Stück danebenstünde. Oder, wie Ministerpräsident Lothar de Maiziere auf eine Anfrage der Abgeordneten Christine Ostrowski (PDS) antwortete: "Sobald wir ein bestimmtes Resultat haben, das parlamentsverhandlungsfähig ist, werden wir selbstverständlich davon ausgehen, daß wir diesem Hause Rechenschaft schuldig sind. Wir haben nicht die Absicht, mit Vorlagen und Entwürfen aus der Regenbogenpresse zu verhandeln..."

et werden, auf die Medien anzuweisen, die natürlich alle Informationsquellen zu erschließen versuchen. Welche Auswirkungen das hat, zeigt das traurige Hin und Her um die Umtauschquote... Nun ist es aber so, daß die Menschen an ganz konkreten Antworten auf Fragen interessiert sind, die ihnen unter der Haut gehen. Beispiel: Es wird davon geredet, daß die Renten bei 45 Versicherungsjahren 70 Prozent des Nettoverdienstes betragen sollen. Wie kommen Frauen auf diese 45 Jahre? Welche Beiträge der BRD-Gesetze von den Renten abgezogen? Was wird aus der freiwilligen Zusatzrente? Oder: Welche Abzüge von den Brutto-Löhnen und -gehältern sind bei Übernahme der BRD-Steuererträge zu erwarten? Zu solchen Fragen haben die Einwohner der DDR das Recht, die Fakten und die Meinung ihrer Regierung zu erfahren, frühzeitig, um sich eine Meinung zu bilden. Immerhin ist dieses Volk nicht mehr das vom Frühjahr 1989...

sehen. Und das heißt nicht nur das harte Geld und die sozialen Vorzüge, sondern auch die harte Arbeit, die das Geld hart gemacht hat, und die finanziellen Belastungen, mit denen nach den Regeln der Marktwirtschaft die sozialen Vorzüge nun einmal bezahlt werden müssen. Am 18. März wurde die schnelle Mark gewählt. Jetzt wird es Zeit zu sagen, daß es nicht die volle Mark ist...

Unfallursachen, Autobahngebühr

Berlin/Bonn (ADN/ND). Wissenschaftler aus beiden Teilen Deutschlands haben in der Bundesanstalt für Straßenwesen in Bergisch Gladbach versucht, mögliche Gefahrenquellen und Ursachen des Unfallgeschehens im stetig wachsenden deutsch-deutschen Reiseverkehr zu analysieren. Dazu untersuchten sie 124 Unfälle eines Monats aus grenznahen Regionen des Bundesgebietes. 81 dieser Zusammenstöße hatten Deutsche-Ost verursacht. 74 Prozent ereigneten sich innerhalb von Ortschäften, 19 außerhalb und sieben auf Autobahnen. Die DDR-Fahrer haben vor allem Schwierigkeiten mit der Vorfahrt an Verkehrszeichengeregelten Knotenpunkten und verstoßen gegen das Rechtsfahrverbot. Westdeutsche PKW-Besitzer hingegen beachteten im Umgang mit ihren DDR-"Kollegen" insbesondere den Sicherheitsabstand nicht, überschätzten sich beim Überholen und beim Wenden oder Einfädeln in den fließenden Verkehr...

Einmütige Verurteilung des Anschlags auf Lafontaine

Berlin (ADN/ND). Mit Abscheu, Entrüstung und Betroffenheit reagierten Politiker aus beiden deutschen Staaten sowie aus dem Ausland auf das Attentat gegen Oskar Lafontaine. Von einem schweren Schlag für die SPD und für Deutschland sprach DDR-Außenminister Markus Meckel, und SPD-Pressesprecher Jürgen Tietze erklärte: "Wir begreifen dieses Attentat auch als unüberhörbares Warnsignal, das uns aufruft zu einer fairen politischen Auseinandersetzung..."

Vizesprecher des Bundes Freier Demokraten Klaus Puschke. Der Vorstand der Grünen Partei in der DDR unterstrich, daß man Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung in der Politik ablehnt. Der Berliner Runde Tisch verurteilt das Attentat auf Lafontaine. Zu Beginn der Beratung am Donnerstag verlas ein Sprecher des Gremiums eine Erklärung, in der tiefe Bestürzung und Zorn über den Mordanschlag geäußert wurden. Jede Art von Gewaltandrohung gegen politische Andersdenkende werde abgelehnt. In der Mitteilung rufen die Vertreter von 21 Parteien und Organisationen der DDR-Hauptstadt auf, für die Durchsetzung der Bürgerrechte einzutreten.

Er sei ungeheuer betroffen darüber, daß möglicherweise mit Heimtücke versucht wird, an Menschen heranzugehen, die eine andere Meinung haben, meinte der Minister für Abrüstung und Verteidigung, Rainer Eppelmann (DA). Selbst wenn es sich bei der Täterin um einen kranken Menschen handeln sollte, müßte es für alle gesunden Menschen eine Mahnung und Warnung sein, daß "politische Unterschiede nur mit politischen Mitteln" ausgetragen werden dürfen. Erschrocken über die Konturen, die der Wahlkampf in der BRD angenommen hat, zeigte sich Volkskammervizepräsident Dr. Wolfgang Ullmann. Politik sollte ohne Gewalt geführt, der internationale Slogan der Demokratie- und Friedensbewegung "Schwerter zu Pflugscharen" nun endlich in die Tat umgesetzt werden. "Dieser furchtbare Anschlag auf Oskar Lafontaine muß jeden Demokraten mit Abscheu erfüllen", erklärte Prof. Dr. Michael Schumann von der PDS-Volkskammerfraktion. Der Ruf "Keine Gewalt", mit dem die Revolution in der DDR begonnen und beendet wurde, sollte für ganz Deutschland in den Vereinigungsprozess mit einbezogen werden, erklärte der Sprecher der Bürgerbewegung "Demokratie jetzt", Konrad Weiß. Dieser Anschlag zeige, daß die demokratische Erneuerung in der BRD auch ihre Schwachpunkte hat. "Solche Aktionen gehören nicht zur politischen Kultur", sagte der

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat die Nachricht von dem "schrecklichen Anschlag" auf Oskar Lafontaine "fassungslos" vernommen. "Um so erleichterter bin ich", schrieb er dem saarländischen Ministerpräsidenten, "daß Sie nach den dramatischen Stunden der letzten Nacht, wie wir alle hoffen, das Schlimmste überstanden haben." "Über alle Parteigrenzen hinweg muß diese abscheuliche Tat auf schärfste verurteilt werden", erklärte Bundesstaatspräsidentin Rita Süßmuth. Der bayerische Ministerpräsident Max Streibl sprach von einer "verwerflichen Tat" und der DGB-Vorsitzende Ernst Breit verurteilte den Anschlag als ein "schändliches Verbrechen". Die Staatsoberhäupter der UdSSR, Michail Gorbatschow, Frankreichs, François Mitterrand, und Italiens, Francesco Cossiga, sowie Österreichs Bundeskanzler Franz Vranitzky drückten ihre Betroffenheit und ihr tiefes Mitgefühl mit Oskar Lafontaine aus. Ebenso wie die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament und die PS Frankreichs bekundete auch der Generalsekretär der IKP, Achille Occhetto, seine Abscheu über das Verbrechen.



ND sprach mit Innenminister Dr. P.-M. Diestel

Personenschutz verschärft?

Herr Minister, das Attentat auf Oskar Lafontaine hat in unserem Land viele Bürger sehr betroffen gemacht... Das Attentat hat auch mich schwer erschüttert. Ich habe sofort, als ich davon hörte, ein Telegramm an ihn und seine Angehörigen gesandt. Ist dieser Mordanschlag dem Innenminister Anlaß für neue Überlegungen, zum Beispiel die Sicherheit der Regierung betreffend? Schutzmaßnahmen für diejenigen, die Politik an vorderster Stelle betreiben, erachte ich als ganz wichtig. Aber ich mache Ihnen gegenüber kein Geheimnis daraus: Bei meinen Kabinettskollegen herrscht darüber noch eine sehr zwiespältige Meinung. Geht es um verschärften Personenschutz wie in "alten Zeiten" bei Politbüromitgliedern?

Nicht direkt. Aber wir werden die Probleme überdenken müssen. Ich habe mich zwar selbst schützen können, jetzt habe ich Leute bei mir, die das tun. Ist das nun eher ein Privileg oder eine Belastung? Eine echte Belastung in der persönlichen Sphäre. Ich würde gern abends allein ins Theater oder Konzert gehen. Das geht nicht mehr. Und in gepanzerten Limousinen zu fahren entspricht nicht meiner Bedürftigkeit nach Status. Man sagt, Sie werden von ehemaligen MfS-Mitarbeitern geschützt? Das ist richtig, es sind Herrschaften aus dem ehemaligen MfS. Die Männer erfüllten auch damals diese an sich polizeiliche Aufgabe. Es sind Fachleute, und sie widmen sich jenen Aufgaben recht aufopferungsvoll. RAINER BEKESCHUS.

LESERBRIEFE

Wehrpflicht ist antidemokratisch

Ich finde es eigenartig, wenn der Minister für Abrüstung und Verteidigung, selbst Wehrdienstverweigerer, für eine Wehrpflicht eintritt. Also andere verpflichten und selbst nicht in die Pflicht genommen werden wollte. Die Wehrpflicht ist nicht, wie er uns weismachen will, ein Stück Demokratie, sondern sie ist antidemokratisch. Die jungen DDR-Bürger sind dazu zu befragen. Ich unterstütze die PDS, die für die Abschaffung der Wehrpflicht bis Ende 1990 eintritt, und fordere darüber hinaus die schrittweise Auflösung der NVA. An Stelle einer Armee sollte unsere Polizei zahlenmäßig und materiell verstärkt werden, damit sie besser gewappnet ist, wenn die bundesdeutsche Wirklichkeit auch bei uns Realität wird. Herbert Badrow, Berlin, 1197

Antwort aus Sandersdorf

In einem Leserbrief, den wir am 9. 4. auf dieser Seite veröffentlichten, informierte die PDS-Ortsgruppe Zscherndorf darüber, daß die Leiterin der Kinderkombination IV in Sandersdorf bei Bitterfeld, Frau Mieske, in Auswertung einer Beratung vor ihrem Kollektiv mitgeteilt hatte, daß PDS-Mitglieder bei kommenden Entlassungen als erste gehen müßten. Außerdem hätte sie die Kolleginnen, die am 18. März ihre Stimme der SPD gegeben hätten, für doof erklärt. Dazu die Zuschrift von Frau Anette Mieske, Sandersdorf, 4413

Ein Einschreiben mit Rückschein

Der Gemeindefraktionsleiter von Winddeck (BRD) hat offensichtlich die Einverleibung der DDR bereits vollzogen. Er mußte sich jedenfalls an, kaltschnäuzig BRD-Gesetze gegen uns anzuwenden. Hier der Vorgang: Am 9. April 1990 erhielten meine Frau und ich ein "Einschreiben mit Rückschein". In dem uns besagter Gemeindefraktionsleiter teilte mit, daß er in die BRD übergesiedelter Adoptivsohn Peter H., nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes ab 28. 03. 1990 Hilfe zum Lebensunterhalt erhält. "Diese Mitteilung", so belehrte man uns, "hat nach § 91 Abs. 2 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in der z. Z. gültigen Fassung die Wirkung, daß Sie als Unterhaltspflichtiger... vom Träger der Sozialhilfe in Anspruch genommen werden können... Es soll geprüft werden", lasen wir weiter, "ob ein Teil Ihres Einkommens und Vermögens nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts und des Bundessozialhilfegesetzes in Anspruch genommen werden kann. Sie werden deshalb gebeten, innerhalb von zwei Wochen die beigefügte Erklärung ausgefüllt zurückzusenden... Nach § 118 BSHG sind Sie verpflichtet, über Ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse Auskunft zu geben." G. H., Magdeburg, 3090 (Name und Adresse sind der Redaktion bekannt)

Was hat Produktqualität mit Verpackung zu tun?

In der "Mitteldeutschen Zeitung" vom 20. April 90 verspricht die Milchwirtschaft (Bezirk Halle), nunmehr den Importprodukten in Qualität und Verpackung nicht mehr nachzustehen. Was aber hat die Produktqualität mit der Verpackung zu tun? Der Hauptdirektor, Kurt Stefan, verspricht, Milch bald in Karton-Verpackungen zu verkaufen. Einwegverpackungen (z. B. auch Getränke Dosen) sind jedoch unsinnig, ökonomisch und ökologisch nicht vertretbar. Wertvolle bunte, glänzende Verpackungen das Produkt auf? Warum soll der Verbraucher z. B. eine Karton-Verbundpackung mitbezahlen, wo er doch den Pfand für eine Milchflasche wieder einlösen könnte? Warum sollen die Müllberge wachsen und immer mehr Probleme aufwerfen? André Stahl, AC Müll, Recycling Halle

PERSONALIEN

Ein Chefredakteur wurde Minister

Im Staatsgefüge seien die Medien neben Legislative, Exekutive und Rechtsprechung die vierte tragende Säule. Dazu müsse die Presse frei sein. So der Theologe Dr. Gottfried Müller Mitte Dezember 1989 auf dem CDU-Sonderparteitag. Bei einer gestrigen Volkskammer-Premiere als Medien-Minister versicherte er nun, nicht zuzulassen, daß Pressefreiheit durch übergroße Wirtschaftsmacht aus dem Westen eingeschränkt wird. Der Pfarrerssohn aus dem thüringischen Schweina, Jahrgang 34, lange selbst Pfarrer, weiß, wovon er spricht. War er doch in den letzten zehn Jahren Chefredakteur der Kirchenzeitung "Glaube und Heimat". Ein Mann, der sich der Macht des Wortes wohl bewußt ist. Übrigens auch



Dr. GOTTFRIED MÜLLER - Medien sind eine tragende Säule im Staatsgefüge Foto: ADN

aus der Journalistenerfahrung in der alten DDR heraus, als die Oberen nichts mehr fürchteten als in Worte gegossene Wahrheit. Es spricht für die Integrität Dr. Müllers, daß sein Blatt eben mit weißen Flecken erschien, wenn der Zensor die Schere ansetzte. Zum ersten Minister für Medien in der DDR-Geschichte wurde aber nicht nur der Praktiker, sondern auch der Politiker Müller. Gehörte er doch im September 1989 zu den vier Unterzeichnern des "Briefes aus Weimar", der die Wende von der "Block"-CDU zur heutigen einleitete. Jetzt ist er zuständig für den Übergang in eine offene Medienlandschaft. "Wir wollen Rahmenbedingungen mitorganisieren, nicht in Inhalte eingreifen." Letzteres dürfte gerade einem Dr. Müller leichtfallen, ersteres birgt die Probleme. Sein Ja zu Artikel 23 und der Erhalt der DDR-Medien schlossen einander nicht aus. Nun, mancher sieht das heute anders. Daß der Minister dazu von Anfang an auch das Gespräch mit Journalistenkollegen pflegt, kann ermutigen. MICHAEL MÜLLER

DAS REDAKTIONSKOLLEGIUM

Dr. Wolfgang Spickermann (Chefredakteur); Reiner Oschmann, Michael Müller, Dieter Brückner, Dr. Rolf Günther (stellvert. Chefredakteur); Peter Berger, Karin Dörre, Gerd Prokot, Redaktionssekretär Reinhard Götzke, Verlagsdirektor Rudolf Danek

Zeitung der Partei des Demokratischen Sozialismus